

Florian Hoppe, Victoria Qassem, Dr. Sonja Thielges, Lisa Voigt und Daniel Wasiak (alle zusammen Mitglieder der KFIBS-Forschungsgruppe „Globale Zukunftsfragen“, <https://kfibs.org/forschungsgruppen/thematische-forschungsgruppen/globale-zukunftsfragen/>)

Der Umgang mit globalen Zukunftsfragen unter Trump 2.0

Die zweite Präsidentschaft Donald J. Trumps wird sich ganz gewiss auf unser aller Zukunft auswirken, denn sie (ver-)stellt die Weichen in vielen verschiedenen Politikfeldern und verändert die Grenzen dessen, was wir bis vor wenigen Monaten in einer etablierten liberalen Demokratie für politisch möglich gehalten haben. Welche Folgen der trumpschen Politik zeichnen sich bereits in den verschiedenen Politikfeldern ab? Und wie können wir auf der anderen Seite des Atlantiks notfalls auch ohne die USA weitermachen?

Eine Klimapolitik, die in Scherben liegt

Die Klimapolitik wurde schnell zu einem der ersten Opfer der „Politik mit der Abrissbirne“ von Donald Trump. Er verschloss mit dem [One Big Beautiful Bill Act](#) (OBBBA) Fördertöpfe für die Klimatransformation, die wir noch unter der Biden-Harris-Administration im Rahmen des *Inflation Reduction Act* (IRA) für den Klimaschutz sicher geglaubt hatten. Er schwächte [Regulierungen](#), welche die Dekarbonisierung des Strom- und Transportsektors vorantreiben und die Methanemissionen in der Öl- und Gasproduktion senken sollten. Nun hat er damit begonnen, die Regulierungsmacht der *Environmental Protection Agency* (EPA) ganz abzuschaffen. Er besetzte Spitzenposten in zentralen US-Behörden wie dem Innen- und Energieministerium sowie der EPA mit Klimaskeptikern oder Klimaagnostikern und entließ Tausende von Mitarbeitenden in den Behörden, die sich früher auch mit Klimafragen beschäftigten. Der Schaden ist immens und mutmaßlich irreversibel. Denn Trump macht dasjenige rückgängig, was die USA für den Klimaschutz institutionell und politisch teilweise schon seit Jahrzehnten aufgebaut hatten. Die Klimaziele des Pariser Abkommens von 2015 rücken in immer weitere Ferne, was katastrophale Folgen für uns und zukünftige Generationen haben wird.

Das Ende der US-Entwicklungspolitik?

Auch für die internationale Entwicklungspolitik stellt Trump 2.0 einen deutlichen Paradigmenwechsel dar: Mit der Schließung der US-Entwicklungsbehörde USAID und der Ankündigung, bestehende Hilfsprogramme einer strengeren Zweckprüfung – im Sinne „nationaler Interessen“ – zu unterziehen, verschiebt sich der Fokus der US-amerikanischen Entwicklungszusammenarbeit grundlegend. Insgesamt markiert diese trumpsche Politik eine Abkehr von normativen Leitbildern wie globaler Solidarität und Armutsminderung hin zu einer stärker [geopolitisch motivierten Entwicklungsagenda](#). Für zahlreiche Empfängerländer, die in

hohem Maße auf US-amerikanische Entwicklungsleistungen angewiesen waren, bedeutet dies erhebliche politische und wirtschaftliche Verunsicherung. Selbst wenn andere Geberstaaten versuchen sollten, die entstandene Finanzierungslücke von 63 Milliarden US-Dollar zu schließen (fast das Doppelte der deutschen Entwicklungsleistungen als [zweitgrößtem Geberland](#) im Jahr 2024), können sie die tiefgreifenden strukturellen Folgen dieser Neuorientierung kaum auffangen.

Angriff auf die Zivilgesellschaft und die Wissenschaft

Die Erosion demokratischer Normen in den Vereinigten Staaten von Amerika zeigt sich auch in den abnehmenden Handlungsspielräumen für die Zivilgesellschaft und die Wissenschaft. Die Regierung Trump II [droht insbesondere den großen US-Universitäten aufgrund von „ideologischer Indoktrination“ und von Vorwürfen des Antisemitismus](#) mit der Streichung von Finanzmitteln und fror bereits großflächig Mittel für Forschungsförderung ein. Die neue US-Regierung nimmt besonders Diversitätsprogramme, die Immatrikulation internationaler Studierender und den Protest an den US-Universitäten ins Visier. Zunehmend werden auch Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zur Zielscheibe, vor allem solche, die sich für Migrantinnen und Migranten und für Reformen des Strafrechtssystems der USA einsetzen. Viele Organisationen befürchten mittlerweile die Infragestellung ihrer Gemeinnützigkeit. Die gezielten Attacken auf die US-Zivilgesellschaft stellen autoritäre Praktiken dar. Darüber hinaus wirken sich auch die massiven Streichungen von US-Entwicklungshilfe stark auf die Arbeit der NGOs aus, [insbesondere solchen, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen](#).

Verlust der USA als Schutzmacht

Die zweite Amtszeit Donald Trumps ist auch für die Staatengemeinschaft und für die Aufrechterhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa und der Welt eine schlechte Nachricht und hat zahlreiche negative Implikationen: Viele Staaten sind auf die Unterstützung und den Beistand der USA angewiesen. Da die US-Regierung unter Trump diesen ihre Unterstützung nicht mehr glaubhaft zusichern kann und will, werden verschiedene Länder versuchen, sich anderweitig abzusichern. Dies kann auf eine stärkere Kooperation mit gleichgesinnten Staaten und auf eine Sicherstellung des Friedens durch Aufrüstung und Abschreckung hinauslaufen. So kooperieren die europäischen Staaten nicht nur im Rahmen der NATO bei verteidigungspolitischen Fragen, sondern zunehmend auch im Rahmen der Europäischen Union (EU). Die Länder Europas werden in den kommenden Jahren mehr Geld für ihre eigene Sicherheit ausgeben müssen, was u. a. dazu führen kann, dass dann Mittel an anderer Stelle, etwa für soziale Herausforderungen, fehlen. Die Abschaffung von Programmen für die Entwicklungshilfe hat darüber hinaus noch das Potenzial dazu, bereits bestehende Konflikte zu verschärfen und diese durch Auseinandersetzungen wegen zunehmender Ressourcenknappheit noch zu ergänzen. Hinzu kommt der Rückzug der USA aus internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen. Die zweite Amtszeit Trumps begünstigt damit den Zusammenbruch einer internationalen Ordnung, in der Probleme und Regelverstöße bisher immer gemeinschaftlich angegangen worden sind.

Die Trump-II-Administration als Chance begreifen: Wie weiter verfahren, um den Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich begegnen zu können?

Die Abkehr von der bisherigen Klimapolitik, die Auflösung von USAID, autoritäre Entwicklungen in der US-Innenpolitik, die Abkehr von den USA als Schutzmacht und das Aufweichen von Normen, die für die liberale Weltordnung über Jahrzehnte prägend waren – kurzum: Der radikale Richtungswechsel in der Innen- und Außenpolitik der aktuellen US-Regierung stellt eine Zäsur dar und zwingt auch die EU zum Umdenken in diesen turbulenten Zeiten.

Dies kann jedoch auch eine Chance sein, sich (endlich) stärker von der Politik der USA zu emanzipieren. Als Antwort auf den realpolitischen Bilateralismus der USA und auf Chinas Initiative „[Neue Seidenstraße](#)“ muss Europa seine eigenständige Außen-, [Verteidigungs](#)- und Handelspolitik stärken und neu ausrichten. Die Zentralisierung der Entwicklungshilfe der einzelnen EU-Mitgliedstaaten in der gemeinsamen Initiative „Global Gateway“ scheint ein vielversprechender Weg zu sein, um trotz sinkender nationaler Budgets die Effizienz der europäischen Entwicklungshilfe zu steigern und um auch die Klimatransformation in den Partnerländern substanziell voranzubringen. Der Weg für eine effektive europäische Außenpolitik liegt weder im weitverbreiteten Fatalismus, der durch Trump 2.0 ausgelöst worden ist, noch in der Realitätsverweigerung des Niedergangs des Liberalismus. Stattdessen sollte sich die EU auf die bestehenden globalen Stärken der europäischen Außenpolitik besinnen, die durch den [European Green Deal](#) zukunftsweisend entstanden sind. Eine auf Nachhaltigkeit basierende wirtschaftliche Zusammenarbeit ermöglicht eine für beide Seiten gewinnbringende Kooperation über ideologische und kulturelle Unterschiede hinweg. Durch Donald Trump hat sich die Welt verändert. Europa muss sich deshalb dieser veränderten Welt anpassen, um auch weiterhin als unabhängige globale Macht bestehen zu können.